

Heinemann, Friedrich

Article

Zusammenhang zwischen "Sozialstaatsmoral" und dem Wachstum des Wohlfahrtsstaats

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen

Provided in Cooperation with:

ZEW - Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung / Center for European Economic Research

Suggested Citation: Heinemann, Friedrich (2007) : Zusammenhang zwischen "Sozialstaatsmoral" und dem Wachstum des Wohlfahrtsstaats, ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, Vol. 10, Iss. 2, pp. 6-7

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/125977>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zusammenhang zwischen „Sozialstaatsmoral“ und dem Wachstum des Wohlfahrtsstaats

Gesellschaftliche Normen beeinflussen individuelle Verhaltensweisen und können zum Teil erklären, warum Menschen sich keineswegs immer nur eigennutzorientiert verhalten. Auch für den Sozialstaat sind soziale Normen, etwa zum ehrlichen Umgang mit staatlichen Transfers, von hoher Bedeutung. Erlangen Praktiken wie Leistungsmissbrauch allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz, dann steigen die fiskalischen Kosten von Transfersystemen. In diesem Beitrag werden Niveau, zeitliche Entwicklung und Determinanten der „Sozialstaatsmoral“ im internationalen Vergleich beleuchtet. Dabei finden sich Hinweise, dass der Wohlfahrtsstaat sich in gewissem Sinne selber gefährdet, weil hohe Transferangebote langfristig die Sozialstaatsmoral verringern.

Der „World Value Survey“ (WVS) bietet eine international vergleichende Datenbasis an, um normative Überzeugungen von Menschen quantifizieren zu können. Die Umfragen im Rahmen des WVS wurden konzipiert, um die Werte und Überzeugungen von Menschen in Staaten aller Kontinente auf verschiedenen Feldern zu untersuchen.

Im Rahmen des WVS ist in den meisten Interviews auch eine Frage enthalten, die Hinweise auf die in einem Land geltenden sozialen Normen im Umgang mit staatlichen Sozialleistungen gibt. Diese Frage lautet: „Do you think it can always be justified, never be justified or something in between to claim government/state benefits to which you have no rights“. Für die Antworten wird eine Skala von 1 („never justifiable“) bis 10 („always justifiable“) vorgegeben.

Wertet man diese Datenbasis aus und untersucht, wie sich zwischen

Industriestaaten die normative Bewertung ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Sozialleistungen unterscheidet, dann zeigen sich große Unterschiede (s. Abbildung). An der Spitze der Industrieländer im Hinblick auf eine hohe Sozialstaatsmoral (im Sinne einer breiten Ablehnung des ungerechtfertigten Bezugs von Sozialleistungen) stehen Dänemark und die Niederlande, ganz hinten rangiert Griechenland, während Deutschland im vorderen Mittelfeld mit nur geringen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland liegt.

„Flexicurity“ durch Normen begünstigt

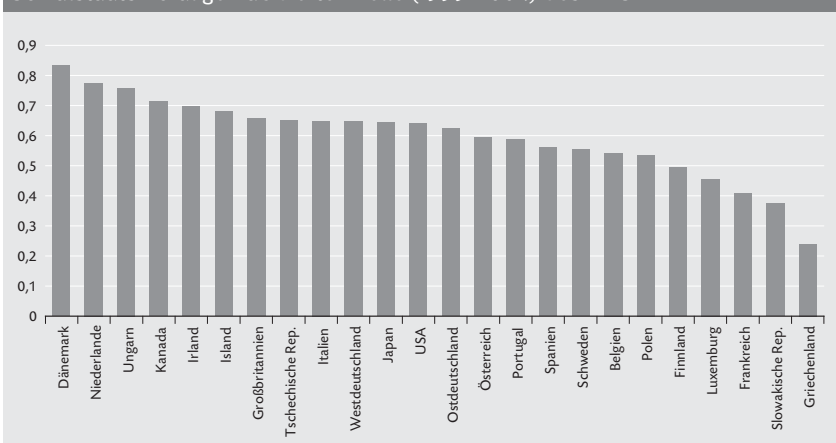
Eine derartige Gesamtschau ist hilfreich, kann sie doch erklären, warum in einem Land wie Dänemark außerordentlich generöse Sicherungssysteme für Arbeitslose funktionieren können,

ohne zu untragbaren fiskalischen Belastungen zu führen. Das bekannte dänische „Flexicurity“-Modell des Arbeitsmarktes – liberales Kündigungsrecht bei hoher Absicherung gegen Arbeitslosigkeit – wird durch soziale Normen begünstigt, die eine sehr negative Bewertung von Sozialstaatsmissbrauch beinhalten. Staaten mit einer geringer ausgeprägten diesbezüglichen Norm wären bei Einführung des Flexicurity-Modells mit höheren Transfers und Kontrollkosten konfrontiert.

Wichtig ist zu verstehen, welche Faktoren die Sozialstaatsmoral beeinflussen. Hier ist zwischen individuellen Faktoren und Ländercharakteristika zu unterscheiden, die im Folgenden ökonomisch in ihrer Beeinflussung der Sozialstaatsmoral untersucht werden. Im Hinblick auf die Einsichten ähnlich gelagerter Forschungsfelder (so die Forschung zur „Steuermoral“ oder die Kriminalitätsforschung) wäre zu erwarten, dass unter anderem folgende individuellen Charakteristika von Bedeutung sein können:

- Geschlecht: Frauen halten explizite rechtliche Regeln und soziale Normen häufiger ein als Männer.
- Alter: Alte Menschen halten Regeln häufiger ein als junge, dies ist etwa ein etablierter Fakt der Kriminalitätsforschung.
- Religion: Weil eine starke Betonung moralischer Gebote fast alle Religionen prägt, ist ein Einfluss der z.B. am Gottesdienstbesuch messbaren Religiosität von Menschen auf die vorhandenen sozialen Normen zu vermuten.
- Familienstand: Verheiratete Menschen sind in ihrem Verhalten und in ihren Reflexionen über die Gültigkeit von Werten stärker durch den Rechtfertigungszwang gegenüber dem Partner restringiert als Alleinstehende und sollten von daher auch eine höhere Sozialstaatsmoral aufweisen.
- Vertrauen: Wie die umfangreiche Sozialkapitalliteratur überzeugend

Sozialstaatsmoral gemäß vierter Welle (1999-2004) des WVS



Berechnungen ZEW: Angegeben wird der Anteil der Befragten, die den ungerechtfertigten Bezug staatlicher Leistungen „niemals“ für zu rechtfertigen halten.

belegt, unterstützt das Vertrauen der Menschen in die Mitmenschen allgemein oder in staatliche Institutionen ein kooperatives Verhalten. Auch dieses Vertrauen wird in Umfragen wie die des WVS erhoben.

- Beschäftigtenstatus: Menschen ohne Beschäftigung dürften eher mit Angeboten des Sozialstaats konfrontiert sein als dies für Beschäftigte gilt. Für sie ist eine hohe Sozialstaatsmoral daher kostspieliger als für Beschäftigte.
- Patriotismus: Menschen, die stolz auf ihr Land sind, sollten eher gewillt sein, die geschriebenen und ungeschriebenen Normen dieses Landes zu akzeptieren als solche, die ihrem Land mit Gleichgültigkeit oder sogar Ablehnung gegenüberstehen.
- Einkommen: Ein steigendes Einkommen impliziert sinkende Chancen, von Transfers zu profitieren, so dass für Menschen mit hohem Einkommen eher eine höhere Sozialstaatsmoral zu erwarten ist.

Unter den Ländercharakteristika, die von Bedeutung sein können, spielt die Historie des jeweiligen Wohlfahrtsstaats eine Rolle. So argumentiert der schwedische Ökonom Assar Lindbeck, dass der Ausbau des Sozialstaats die Menschen an soziale Transfers gewöhne und die Scheu vor der Inanspruchnahme von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bis hin zur nicht gerechtfertigten Inanspruchnahme von Leistungen vermindere. Auf diese Weise laufe Lindbeck zufolge der Sozialstaat Gefahr, seine eigene ökonomische Grundlage zu zerstören.

Im Folgenden werden die diskutierten mikroökonomischen Determinanten und die Relevanz der Lindbeck-Hypothese einer ersten Überprüfung unterzogen. Geschätzt wird folgendes Modell:

$$WM_i = \beta_0 + \beta_1 \Delta SOZIALSTAAT_C + \beta_2 INDIVIDUAL_i + \varepsilon_i$$

Die abhängige Variable WM (Wohlfahrtsstaatsmoral) wird hier spezifiziert als 0/1-Variable, bei der die 1 für die WVS-Antwortkategorie „ungerechtfertigte Inanspruchnahme niemals gerechtfertigt“ steht und die 0 für alle anderen Antworten, die im Grunde auf eine Relativierung eines regelkonformen Umgangs mit Sozialleistungen hinauslaufen. Zur Überprüfung der Lindbeck-

Probit Schätzung über WVS-Beobachtungen aus Industriestaaten zwischen 1981 und 2004: Abhängige Variable ist Sozialstaatsmoral

	(1)		(2)	
	Koeffizient	Marginale Effekte	Koeffizient	Marginale Effekte
Konstante	28,0816 ***		46,413 ***	
Alter	-0,0004	-0,0001	-0,0081 ***	-0,003
Geburtsjahr	-0,0142 ***	-0,0054	-0,0233 ***	-0,0086
Weiblich	0,1052 ***	0,0397	0,0994 ***	0,0366
Verheiratet	0,1258 ***	0,0477	0,1257 ***	0,0465
Beschäftigt	0,0303 ***	0,0114	0,092 ***	0,0340
Gottesdienstteilnahme	-0,0030	-0,0011	0,0095 ***	0,0035
Vertrauen ins Parlament	0,0053	0,0020	0,0256 ***	0,0094
Patriotismus	0,1402 ***	0,0529	0,1354 ***	0,0499
Einkommen	0,0171 ***	0,0065	0,0129 ***	0,0048
Δ SOZIALSTAAT			-0,0269 ***	-0,0099
Pseudo R ²	0,0391		0,0495	
Wald χ^2	0,00		0,00	
Anzahl Beobachtungen	83.130		53.529	

***/**/*: Koeffizient signifikant zum Niveau von 1%/5%/10%

Hypothese wird als erklärende Variable die 20-jährige Veränderung der Sozialtransfer-BIP-Quote (Δ SOZIALSTAAT) herangezogen. Außerdem werden die oben diskutierten Individualcharakteristika (INDIVIDUAL) berücksichtigt. Die Subskripte i und C stehen für den individuellen Befragungsteilnehmer und das jeweilige Land.

In Spalte (1) sind zunächst die Resultate für eine Berücksichtigung lediglich der individuellen Charakteristika wiedergegeben. Es bestätigt sich, dass die Sozialstaatsmoral signifikant höher ausfällt, für weiter zurückliegende Geburtsjahrgänge, für Frauen, für Verheiratete, für Beschäftigte, für Menschen mit hohem Einkommen und für Menschen mit ausgeprägtem Patriotismus. In Spalte (2) sind die Resultate enthalten, wenn zusätzlich für jedes Individuum berücksichtigt wird, wie sich in dessen Land die Sozialtransfer-BIP-Quote in den zurückliegenden 20 Jahren („Lindbeck-Variable“) verändert hat.

Lindbeck-Variable signifikant

Die Lindbeck-Variable hat das erwartete negative Vorzeichen und ist signifikant. Die marginalen Effekte zeigen, dass der Effekt der Sozialstaatshistorie nicht gering ist: Der Anstieg der Sozial-

transferquote in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten um einen Prozentpunkt erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass heute jemand eine geringe Sozialstaatsmoral an den Tag legt, ebenfalls um ein Prozent. Natürlich sind dies nur erste empirische Hinweise, die in künftiger Forschung weiter zu erhärten sind. So sind hier weitere Ländercharakteristika wie etwa bestimmte institutionelle Merkmale noch unberücksichtigt. Gleichwohl ist feststellbar, dass die Datenlage zumindest nicht im Widerspruch zur Hypothese von Assar Lindbeck stehen, dass ein großzügiger Sozialstaat gerade den sozialen Normen Schaden zufügt, die seine Funktionsfähigkeit sichern. Auch eine Länderfallstudie unterstreicht diese Sorge: So ist in Schweden, dem Land mit einem in der Nachkriegszeit besonders ambitionierten Wohlfahrtsstaat, die Sozialstaatsmoral besonders stark rückläufig: Hielten zu Beginn der Achtziger in der damaligen WVS-Umfrage noch über 80 Prozent der befragten Schweden den ungerechtfertigten Bezug von Sozialleistungen für niemals zu rechtfertigen, ist dieser Wert bis zu Beginn dieses Jahrzehnts auf nur noch 55 Prozent gefallen.

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de